

Vertraulich !

Ministerratsprotokoll Nr. 32
vom 15. Jänner 1921

Anwesend:

Bundeskanzler Dr. M a y r, Vizekanzler B r e i s k y, sowie die Bundesminister Dr. G l a n z, Dr. P a l t a u f, Dr. G r i m m, H a u e i s, H e i n l, Dr. P e s t a, Dr. R e s c h und Dr. G r ü n b e r g e r.

Zugezogen:

Vom Bundesministerium für Verkehrswesen: Generaldirektor für das Postwesen Sektionschef H o h e i s e l und Ministerialrat Dr. A i g n e r
ferner Polizeipräsident S c h o b e r und
vom Bundesministerium für soziale Verwaltung Ministerialrat Dr. A d l e r.

Vorsitz:

Bundeskanzler Dr. M a y r

Dauer: 14.00 – 21.30

Reinschrift (2 ½ Seiten), Konzept, Präsenzliste, einfaches Stenogramm, kein Beschlussprotokoll.

I n h a l t:

Streik der Angestellten der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung.

Beilagen:

Beilage, Bundeskanzleramt, ohne Zahl, niedergelegter Standpunkt der Regierung zu einer Verständigung beim Streik der Angestellten der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung (1 Seite)

Streik der Angestellten der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung.

Der V o r s i t z e n d e teilt mit, daß sich dem Streike der Postangestellten im Laufe der

heutigen Morgenstunden auch das Personal der Telegraphen- und Telephonverwaltung angeschlossen habe.

Generalpostdirektor H o h e i s e l und Polizeipräsident S c h o b e r geben einen Überblick über die derzeitige Streiklage und erstatten Bericht über den heute mittags erfolgten Angriff von Streikenden gegen das Hauptpostamtsgebäude. Sie fügen bei, daß der Vorsitzende der Technischen Union, Nationalrat Z e l e n k a, die Schließung des Hauptpostamtes am heutigen Nachmittage verlangt habe, da sonst mit einem Vorgehen der Streikenden, unterstützt von der Arbeiterschaft und bewaffneten Abteilungen der Wehrmacht, gegen das Gebäude gerechnet werden müsse.

Der Ministerrat gelangt zu der Auffassung, daß zu hohe Interessen der Bevölkerung und des Staates selbst auf dem Spiele stehen, als daß die augenblickliche gefahrdrohende Lage noch durch mögliche Zusammenstöße verschärft werden dürfte. Der Ministerrat beschließt infolgedessen, die Schließung sämtlicher Postämter in Wien ab heute 3 Uhr nachmittags bis Montag früh anzuordnen.

In der weiteren Folge finden unter Vermittlung der B.-M. Dr. R e s c h und Dr. P e s t a sowie des Ministerialrates Dr. A d l e r fortgesetzte Verhandlungen mit den Vertretern der beiderseitigen Organisationen statt, die schließlich auf Grundlage des in der nachfolgenden Erklärung niedergelegten Standpunktes der Regierung zu einer Verständigung führen:

„Der Ministerrat ist auf Grund des von ihm eingeholten Rechtsgutachtens von Mitgliedern des Verwaltungsgerichtshofes und mit Rücksicht auf die bestehenden dienstlichen Verhältnisse zur Überzeugung gelangt, daß die Schaffung eines grundsätzlich alle Angestellten der Post-, Telegraphen- und Telephonanstalt erfassenden einheitlichen Dienstrechtes für den Betrieb - den Wünschen aller Angestellten gemäß - anzustreben ist. Dieses neue Dienstrecht wird im wesentlichen auf der Besoldungsordnung der Postangestellten aufzubauen sein und es sollen dabei die Wünsche beider Teile (Abänderung des § 30) entsprechend berücksichtigt werden.

Der auf die Besoldung bezügliche Abschnitt dieses Gesetzes soll durch Verordnung unter Mitwirkung des Hauptausschusses abgeändert werden können.

Der sogenannte Nachwuchs erhält, da er nunmehr in die neue Besoldungsordnung überzuführen ist, alle ihm nach der Besoldungsordnung zukommenden Bezüge.

Die Angestellten, die nicht optionsberechtigt waren und nach Ablauf der Optionsfrist zu ständigen Aushilfsdienern bestellt wurden, erhalten die Nachträge nach der neuen Besoldungsordnung.

In der Frage der Nebengebühren wird dem Ergebnis der seit längerer Zeit schwebenden

Verhandlungen zugestimmt.

Aus Anlaß des Verhaltens bei dieser Bewegung wird kein Bediensteter einer dienstlichen Maßregelung unterworfen werden noch eine Schädigung in finanzieller Hinsicht erleiden.“

Infolge der erzielten Verständigung übernehmen es die Vertreter der Gewerkschaftskommission, der Gewerkschaft der Postangestellten sowie der Technischen Union, die in den Ausstand getretenen Bediensteten der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung zur ehesten Wiederaufnahme des Dienstes aufzurufen.

Protokoll Nr. 32 vom 15. Jänner 1921

Mayr: Augenblickliche Streiklage.

Schober: Im Allgemeinen ist heute nichts Besonderes vorgekommen. Es war verhältnismäßig alles ruhiger als gestern. Ein Sturm auf das Hauptpostamt mit Automobilen und einer starken Menge von mehreren Tausend. Polizei sagt über 800. In Hof mit Autos eingedrungen und haben dort Aufstellung genommen, sind in die Ämter hinein und haben Arbeitswillige verprügelt. Sicherheitswache hat den Kassenraum dadurch geschützt, dass sie die Leute mit Säbel abwehrte. Es ist gelungen und inzwischen ist auf die Wache, die von der Straße aus den Torweg besetzte ein Sturm unternommen worden. Es ist zu einem Handgemenge gekommen, einige sind verwundet. Die Wache hat ohne Kommando vom Leder gezogen und die Leute bis Franz Josefs-Kai verdrängt. Gleich darauf kam die Meldung, es sei ein Sturm auf das Postsparkassenamt beabsichtigt. Die Wache hat durch bloßes Erscheinen die Menge verscheucht. Dann wurde das Hauptpostgebäude wieder besetzt. Ich habe einen raschen Bericht abverlangt. Nun kommt jetzt Hoheisel mit der Mitteilung, dass Zelenka die Schließung des Hauptpostamtes verlangt hat, falls nicht nur die streikenden Angestellten von Post-, Telegrafien und Telefon, sondern auch die Arbeiterschaft aus den Fabriken und die Wehrmacht mit Maschinengewehren ausrücken.

Hoheisel: Die Schätzung von 2000 Personen wurde mir nur gegeben bezüglich der Menge bis zur Ferdinand-Brücke. Der Vertrauensmann Hornstock(?) rühmt sich, dass er das Verdienst hätte, dass sie weggegangen sind. Es waren 2 Autos, ein offener Wagen, den haben sie benützen wollen, um das Tor des Hauptpostamtes einzurennen, das hat die Wache verhindert. Was die Wagen betrifft, so muss man unterscheiden zwischen E und staatlichen Automobilen. Ich habe einen Herrn mit Ersuchen geschickt, jedes solches Lastautomobil, das Personen enthält, anzuhalten und vorläufig zu beschlagnahmen, nicht weiter fahren zu lassen. Denn es ist ungerechtfertigt staatliche oder staatlich benützte Autos zu benützen. Die Leute sind bis zum 3. Stock eingedrungen und haben die Leute behelligt. In der Zahlungsabteilung wurden die Leute verprügelt.

Mayr: H. war bei mir um weitere Weisungen, was geschehen soll mit Rücksicht auf die Drohung Zelenkas. Nachdem Samstag ist und Verhandlungen laufen und man solche nicht allzu sehr komplizieren kann, glaubte ich sagen zu sollen, dass das Hauptpostamt wegen des Samstags früher geschlossen werde, wenn Polizeipräsident einverstanden ist.

Schober: Auf der einen Seite ist es vorgekommen, dass Arbeiter herumgezogen sind und sich bei den Postämtern beteiligt haben. Die Arbeiterschaft hat sich in einzelnen Fällen abordnen lassen. Was heute geschieht, das kann ich nicht voraussagen, insbesondere fehlt mir jeder Überblick, wie weit die Wehrmacht mitwirkt. Ein bedenklicher Zug ist die gestrige starke Wehrmännerversammlung. Vorher waren 300, gestern 1500. Das lässt auf eine bedeutende Zunahme der Agitation schließen. Die arbeiten sehr viel mit Geld in der Wehrmacht.

Hoheisel: Nach der Versammlung im Rathaus war ein Angriff auf das Hauptpostamt angesagt.

Resch: Die Nachrichten dürften übertrieben sein, ich glaube nicht, dass heute die Wehrmacht schon ausrückt. Ich bin überzeugt, dass die Gewerkschaftsführer davon nichts wissen. Tatsache ist, dass an Samstagen die Leute aus den Fabriken kommen und sie die Gelegenheit gerne nützen, um Krawall zu machen. Der Samstag ist ein sehr gefährlicher Tag. Um dieser Gefahr vorzubeugen, könnte man ---(unvollständig kopiert!)

Breisky: Es ist keine sehr sympathische Geste. Andererseits glaube ich, dass das Aufhalten der Postämter das Risiko lohnen würde. Wir sollten das Risiko vermeiden als um scheinbar ein Prinzip durchzusetzen.

Grimm: Regierung hat Pflicht Konfliktstoff zu vermeiden. Es ist Verpflichtung zur Aufrechterhaltung der Ordnung.

Breisky: Die Begründung Grimms ist besser.

Hoheisel: Der Verkehr ist auch wenig wirksam mit Rücksicht auf den wenig wirksamen Verkehr.

Mayr: Die Postämter werden heute ab 3 Uhr und morgen geschlossen.

Resch: Wir haben Verhandlungen aufgenommen und sind zum einem Vermittlungsvorschlag gekommen. V. hat Vermittlung mit Sozialdemokraten aufgenommen. Er hat sich als Richtlinie den Vorschlag zurechtgelegt. Die Besoldungsordnung und Dienstpragmatik werden aufgehoben und für alle durch eine neue Besoldungsordnung ersetzt. Der 2. geht dahin dass die 3387 als entpragmatisiert zu behandeln sind, aber alle anderen, welche künftig aufgenommen werden, als pragmatisch zu behandeln sind.

Mayr: Zwischen 2 und 4 Uhr in der christl. sozialen Partei Besprechungen privatim mit Sozialdemokraten und auch Großdeutschen. Aber es wird gewünscht, dass die Regierung eine Entscheidung fällt und dass dann diese offiziell Basis der Verhandlungen bilden sollen.

Pesta: Die neue Dienstordnung ist die Erfüllung nach einem einheitlichen Personalstock im Betrieb. Ein Unterschied zwischen pragmatisch und entpragmatisiert besteht lediglich in der Erlangung des Heimatrechts. Beide Verhältnisse sind unkündbar, beide können nur durch Mitwirkung des Nationalrates geändert werden. Dann sage ich, sie sollen in die neue Besoldungsordnung der Staatsangestellten eingefügt werden.

Mayr: Dagegen sind die anderen Staatsbeamten. Sie wollen anstelle der 19 Dienstgruppen der Eisenbahn 21-22

Grimm: Bei der neuen Besoldungsordnung geht der Wirbel sofort wieder an, wenn nicht die christl. soz. finden die vertragsmäßigen Verhältnisse sind günstiger.

Mayr: Ich weiß nicht, ob wir wieder zurückgreifen sollten auf das Gutachten, dass die Auffassung der Mehrheit günstiger ist, ob es notwendig ist, sich ihm anzuschließen oder ob der Kabinettsrat sagen soll, der Kabinettsrat ist der Anschauung, dass eine Novellierung des Gesetzes zu machen sei. In dieser Anschauung könnten wir zwar einheitlich sein, den Streit sollen die Parteien austragen. Das gemischte System wie bei den Bahnen wäre das Beste. Das Unglück ist, dass die Politik dazwischen gekommen ist. Anderes kann es nicht werden, als nicht die bürgerlichen Angestellten eine annähernd so starke Gewerkschaft haben wie die Sozialdemokraten. Diese Dinge kann der Kabinettsrat nicht berücksichtigen, wir müssen rein die Verwaltung im Auge haben. Wir müssen sagen, das zuständige Gesetz ist unhaltbar, daher Novellierung des Gesetzes im Sinne der Vereinheitlichung des Postdienstes. Es könnte ja dann in der Weise die Vereinheitlichung durchgeführt werden nach dem Muster der Eisenbahnen, nicht so die Betriebsentpr. und Verwaltungsprag., sondern bis zu einer gewissen Grenze entpragmatisiert und dann pragmatisch.

Pesta: Wenn Kabinettsrat beschließt, dass eine einheitliche Personengruppe geschaffen werden soll, so ist das nichts anderes als die Anerkennung des Standpunktes der Streikenden. Wenn man die Besoldungsordnung als Gesetz einbringt, dann sind sie pragmatisch. Dann wäre beiden Teilen gedient.

Mayr: Dann fällt das, was die Bürgerlichen so aufregt, der Kampf um die 3000

Resch: Durch diesen Vorschlag geben wir den Streikenden mehr als sie verlangen.

Adler: Der Kampf geht um Pragmatik oder Besoldungsreform.

Mayr: (3/4 6 Uhr) Wir haben noch kein Resultat, aber es wird noch weiter verhandelt. Es sind

alle einverstanden, dass die Regierung zu einer Entscheidung kommt. Die Gewerkschaft hat ihre Entscheidung angerufen. Es handelt sich darum, was die Regierung als ihre Meinung zum Ausdruck bringt. Gesagt wurde, die Regierung kann nicht anders als aufzufordern zur Einstellung des Streiks. An die Spitze gestellt wird diese Aufforderung nicht günstig wirken und ist an den Schluss zu stellen.

Grünberger: Ich kann es mir nicht anders denken, dass die Vorsätze die Begründung für die Auffassung der Regierung geben, dass ein Streik überflüssig ist.

Heinl. Nachdem ich den Vorschlag kenne, soll gesagt werden, dass die Regierung zur Überzeugung gekommen ist, dass eine einheitliche dienstrechtliche Sachlage begründet und zweckmäßig ist. Aus diesem Grund wird die Regierung dem Nationalrat ein neues Dienstrecht in Vorlage bringen. Nachdem nun den Wünschen sowohl des Ressorts als der Streikenden Rechnung getragen ist, gibt die Regierung der Empfehlung Ausdruck, dass am Montag der Dienst wieder aufgenommen wird.

Pesta: Es müsste gesagt werden, dass die Regierung beabsichtigt, das Dienstrecht als pragmatisches Dienstrecht festzulegen. Von der einen Seite wird gefordert die Einheitlichkeit des Betriebes, die anderen sagen, wir wollen pragmatisch bleiben. Um beides zu vereinigen, wird ein einheitlich pragmatisches Dienstrecht durch Gesetzgebung geschaffen.

Adler: Ist der Beschluss derart, dass die Sozialdemokraten befriedigt sind, dann kann gesagt werden, dass die Arbeit wieder aufgenommen wird. Dann kann gesagt werden, es besteht kein Anlass zu weiterem Streik.

Mayr: Es ist niemand dagegen, dass die Aufforderung an den Schluss kommt.

Für die Regierung steht es so: es liegt das Rechtsgutachten vor. Einzelne sagen, man soll sich auf das Gutachten stützen. Das halte ich nicht für gut. Ich würde sagen, es liegt Gutachten, Dienstanweisung und Gesetz vor. Es ergibt sich Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes, daher beschließt die Regierung, ein neues Dienstrecht vorzulegen. Die Formulierung wäre vorzubehalten.

Ich habe 5 Punkte: die Regierung nimmt in der Mehrheit den Standpunkt des Rechtsgutachtens ein, es ist für sie aber nicht maßgebend. Es hat ihr die Erkenntnis gebracht, dass der Zustand unhaltbar ist, das Gesetz und Dienstanweisung nicht haltbar sind. Daher also die Folgerung, dass ein neues Dienstrecht und eine neue Personalvertretung zu dessen Durchführung zu schaffen sind. Sicherlich ist kein Grund für den Streik mehr, über die Fragen mögen sich die Beteiligten einigen.

Adler: Ich habe mit Gewerkschaftskommission gesprochen. Wenn ein praktischer Erfolg erzielt werden soll, muss in die Sache eingegangen werden. Ob der Öffentlichkeit gegenüber oder bloß der Gewerkschaft gegenüber ist fraglich, wieweit die Regierung zu gehen gewillt ist. Die bloße Ankündigung des Gesetzes besagt nichts.

Mayr: Das sollen beide Teile vereinbaren und die Regierung verpflichtet sich nach der Einigung vorzugehen.

Adler: Es ist zu fürchten, dass jede Erklärung, die den Hinweis unterlässt, keinen Erfolg hat. Dagegen würde diese Erklärung wie sie Pesta ins Auge fasst, zur Vollendung des Streiks führen.

Mayr: Es fragt sich, ob die Erklärung meritorisch sein kann, dann ist es umso besser.

Heinl: Zur einheitlichen Stellungnahme der Regierung halte ich es für zweckmäßig, dass die Punkte mit Pesta besprochen werden.

Pesta: Wenn wir sagen Dienstrecht, so ist die Besoldungsordnung eingeschlossen, bei Besoldungsordnung ist das Dienstrecht offen.

Heinl: Unsere Leute haben gewünscht, dass die Automatik bis zur IX., wenn möglich bis zur VIII. gehen soll und § 30 Änderung bestätigt wird.

Pesta: § 30 wird auch von den Sozialdemokraten bekämpft. Auch die Postler und Eisenbahner nehmen gegen den § 30 Stellung. Sie haben in der Verwaltung über Aufklärung über seinen Zweck hingenommen. Sie wollen Möglichkeit bei Organisationsänderung, Auflösung einer Dienststellung. Der Beamte sollte nicht nur auf Beamtenposten verwendet werden können.

Mayr: Ist es richtig, dass bei den Eisenbahnern dieser § eine Berechtigung hat, bei den Postlern dagegen aber nicht.

Pesta: Die sonstigen Gründe könnten wegbleiben. Aus Krankheit ist es Humanität, wenn er die Möglichkeit hat, trotz Unfähigkeit für seinen bisherigen Dienst anders verwendet zu werden. Er hat für keinen Schaden, er wird mit seinen Bezügen in die niedere Lohnskala überstellt und rückt nur nach den geringeren Vorrückungsmöglichkeiten vor. Eine Änderung würde das ganze System umstoßen.

Adler: Die große Schwierigkeit ist die aus anderen Gründen. Wenn es in einzelnen Fällen aufgelöst wird, wird es keine Schwierigkeit machen. Das kann verhindert werden. Das ist eine rein sachliche Frage, über die man wegkommen wird.

Mayr: Dann die Frage der Anzahl der Verwendungsgruppen. Sie sollen nicht gleich sein mit der Eisenbahn oder einer anderen Gruppe.

Pesta: In dem Moment, wenn die Automatik für eine bestimmte Rangklasse gewünscht wird, kann ich es nur so machen, dass ich für eine Verwendung 2 Besoldungsgruppen anfüge und dadurch vorne anstücke. Ich käme auf 21 Gruppen.

Resch: Es soll das ganze Dienstrecht vereinheitlicht werden, in dem die Besoldungsordnung analog der jetzigen mit Automatik bis zur IX.

Pesta: Es gibt keine Rangklasse. Die nicht Optionsberechtigten werden bis 31. Dez 20 in die Pragmatik nach dem neuen Gesetz hineinfallen. Sie würden nach den Entpragmatisierten finanziell behandelt. Nachdem die neue pragmatische Besoldungsordnung geschaffen wird, kommen sie in die neuen pragmatischen Verhältnisse hinein, was mit den Entpragmatisierten identisch ist.

Resch: Wird über den Entwurf mit den Organisationen verhandelt.

Grimm: Sowie Mayr es angeführt hat, soll die Erklärung der Regierung lauten. Dabei müsste auch auf das Prestige der Regierung Gewicht gelegt werden, wenn gesagt wird, wie Pesta gemeint hat, dass der Unterschied einfach in der Gesetzesform ist und alles beim Alten bleibt, so würde die ganze Welt über die Regierung lachen, wofür sie den Streik hat führen lassen. Man muss sehr vorsichtig sein und darum schlage ich vor, es soll die Organisation mit geändertem Vorschlag kommen. Wir sollen uns auf die Vereinheitlichung beschränken und die Einladung an die Organisation zu richten, Änderung vorzuschlagen. Wenn schon die Änderung in die Erklärung kommt, dann hat es ein ganz anderes Bild für die Regierung.

Pesta: Ich spreche ja von einem neuen Gesetz, das den Wünschen der beiden Gruppen Rechnung zu tragen hat.

Resch: Ich habe mit den Christl. sozialen verhandelt und den Standpunkt vertreten, dass nicht anzunehmen ist, dass man nur die Besoldungsordnung zum Gesetz macht. Die Herren stehen auf dem Standpunkt eines einheitlichen Dienstrechtes. Wenn die Sozialdemokraten das zugeben, das muss noch festgelegt werden, wer hat mitzuwirken, Regierung allein, Personalausschuss

Pesta: Die Regierung wird den Entwurf der Personalvertretung zur Begutachtung geben.

Heinl: Wäre es nicht praktisch, wenn die Regierung den Entwurf mit den Organisationen verhandeln würde.

Resch: Dass die Besoldungsordnung mit diesen Abänderungen der Automatik und Streichung des § 30 übernommen wird. Vielleicht ist es notwendig, dass wir mit den Sozialdemokraten noch verhandeln.

Adler: Ich glaube, dass man mit den Sozialdemokraten erst verhandelt, bis wir wissen, was wir ihnen als geplante Willensentschließung der Regierung mitteilen können.

Kommuniqué: Der Ministerrat ist auf Grund des von Mitgliedern des Verwaltungsgerichtshofes eingeholten Rechtsgutachtens und mit Rücksicht auf die bestehenden Dienstverhältnisse zur Überzeugung gelangt, dass die Schaffung – usw. wie in gedrucktem Protokoll.

Pesta: Die Automatik ist für die Christl. sozialen und Deutschnational wertlos, denn sie soll auf die Besoldungsreform Anwendung finden, in die die anderen gar nicht hinein wollen.

Adler: Wen die Pragmatischen entpragmatisiert werden wollen, sollen sie es bleiben.

Mayr: Jetzt wird das Gesetz gemacht und beide bleiben, was sie sind. Dann sollen alle in den gemeinsamen Stand kommen.

Adler: Wenn das gestrichen wird. so ist kein Anstand. Mit der Form als Gesetz sind sie einverstanden. Nun hat sich schon bei der Rücksprache mit T. gezeigt, dass durch das Gesetz der Hauptausschuss die Besoldungsordnung ablehnen würde. Ich sagte, ich würde Personal sagen, dass wir die Besoldungsordnung einvernehmlich mit Hauptausschuss abändern lassen. Dagegen wurde Einwand erhoben. Seitz sagt, die Abschnitte der Besoldungsordnung sollen im Einvernehmen mit Hauptausschuss erlassen werden. Dann wurde noch bemerkt, der Nachwuchs erhält, da er nunmehr in die neue Besoldungsordnung aufzunehmen ist, alle nach der Besoldungsordnung zukommenden Bezüge. Alles handelt sich darum, dass sie etwas bekommt (was nicht optionsberechtigt, wird vorläufig provisorisch geregelt, sie bekommen dasselbe wie nach der Besoldungsordnung

Breisky: Durch eine Ablehnung kämen wir in eine Schieflage, weil der näher stehende Teil sehen würde, das hat ihre Bezüge verkürzt.

Adler: Wir brauchen das nicht aufzunehmen. Auf die Frage der Nebengebühren wollen sie eine Antwort. Zum Schluss kommt die Streikklausel und Anlass

Pesta: Einvernehmlich mit Post und Eisenbahn, um die Gruppe auszugleichen, sind diese Zugeständnisse als möglich erkannt worden unter Beisein eines Finanzvertreters. Das Gelderfordernis beläuft sich auf 8 Ml., bei der Handhabe der Überstunden können die 8000 in den Personalkrediten hereingebracht werden.

Grimm: Die Forderungen sind vorgetragen worden. Ich habe Nachtdienstgebühr zugestanden, nur die Punkte über Lebensmittel und Brennstoffverbilligung scheinen noch nicht gelöst zu sein. Es wurden 400 Mill von den Eisenbahnern verlangt, das wurde noch nicht zugestanden.

Aigner: Gefordert wird nach der Kopfzahl der Post und Telegrafien der auf sie entfallende Teil des Kredites an die Eisenbahner auch ihnen gegeben werden. 300 Mil sind bereits gewährt, gehofft wurden auch 400 Ml. Sie wollen die erreichen.

Grimm: Eisenbahn hat nach Familienstand, Post nach Köpfen. Macht 400 Mil K mehr. Müsste zwischen beiden Personenständen ausgeglichen werden.

Die auf die Besoldung bezüglichen Abschnitte dieses Gesetzes sollen durch Verordnung unter Mitwirkung des Hauptausschusses abgeändert werden können. Der sogenannte Nachwuchs erhält, da er nunmehr in die neue Besoldungsordnung überzuführen ist, alle

zu haben, um Mitteilung bitte, Postler unter die Überstundenentlohnung entfallen (25000)
Pesta: Bei den Übrigen fallen so viele Gruppen weg, dass für sie keine Überstunden in Betracht kommen.

Grimm: Wenn Ministerrat das Prinzip aufstellt, dass über----

Mayr: Pesta und Resch werden ermächtigt, die Erklärung abzugeben.

MRP Nr. 32 vom 14. Jänner 1921

Beilage, Bundeskanzleramt, ohne Zahl, niedergelegter Standpunkt der Regierung zu einer
Verständigung beim Streik der Angestellten der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltung
(1 Seite)

Der Ministerrat ist auf Grund des von ihm eingeholten Rechtsgutachten von Mitgliedern des Verwaltungsgerichtshofes und mit Rücksicht auf die bestehenden dienstlichen Verhältnisse zur Überzeugung gelangt, dass die Schaffung eines grundsätzlich alle Angestellten der Post - Telegrafien - und Telefonanstalt ~~mit~~ erfassenden einheitlichen Dienstrechtes für den Betrieb den Wünschen aller Angestellten gemäss anzustreben ist. Dieses neue Dienstrecht wird im wesentlichen auf der Besoldungsordnung der Postangestellten aufzubauen sein und es sollen dabei die Wünsche beider Teile (Abänderung des § 30) entsprechend berücksichtigt werden.

Der auf die Besoldung bezügliche Abschnitt dieses Gesetzes soll durch Verordnung unter Mitwirkung des Hauptausschusses abgeändert werden können.

Der sogenannte Nachwuchs erhält, da er nunmehr in die neue Besoldungsordnung überzuführen ist, alle ihm nach der Besoldungsordnung zukommenden ^{ihm} Bezüge.

Die Angestellten, die nicht optionsberechtigt waren und nach Ablauf der Optionsfrist zu ständigen Aushilfsdienern bestellt wurden, werden die Nachträge nach der neuen Besoldungsordnung erhalten.

In der Frage der Nebengebühren wird ^{im Einvernehmen} auf Grund der seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen deren Ergebnis zugestimmt.

Aus Anlass des Verhaltens bei dieser Bewegung wird kein ~~An-~~ ^{Bedenklicher} gestellter einer dienstlichen Massregelung unterworfen werden noch eine Schädigung in finanzieller Hinsicht erleiden.

